

**A b d r u c k
Niederschrift**

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, den **24.07.2006**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	17:55 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 17:50 Uhr bis 17:55 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almitter
Herr Dietmar Andre
Frau Marion Becker
Herr Karl Heinz Bein
Herr Michael Berninger
Herr Michael Böhme
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Frau Emma Fichtl
Herr Bruno Fischer
Herr Ulrich Frey
Herr Hans Grimm
Herr Boris Großkinsky
Herr Michael Günther
Herr Erich Hein
Frau Birgit Hotz
Herr Dr. Heinz Kaiser
Frau Claudia Kappes
Herr Ferdinand Kern
Frau Marliese Klappenberger-Thiel
Herr Richard Klug
Herr Erich Kuhn
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Joachim Lüft
Frau Isolde Marsilia
Herr Thorsten Meyerer
Frau Petra Münzel
Herr Karl Neuser
Frau Waltraud Nutz
Herr Helmut Oberle
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Paul Ripperger
Herr Ludwig Ritter

anwesend bis 17:15 Uhr

Herr Berthold R uth
 Herr Jens Marco Scherf
 Herr Otto Schmedding
 Frau Monika Schuck anwesend bis 16:00 Uhr
 Herr Kurt Schumacher
 Herr Dr. Ulrich Schüren
 Herr Kurt Schüßler
 Herr Manfred Schüßler
 Herr Hermann Spinnler
 Herr Erich Stappel
 Herr Ivo Tr utzler
 Herr Dr. J rg Vorbeck anwesend bis 15:45 Uhr
 Herr Dr. Rainer Vorberg
 Frau Gabriele Weber
 Herr Roland Weber
 Frau Ruth Weitz
 Frau Heidi Wright
 Herr Wolfgang Zöller anwesend bis 14:45 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsmitglieder

Herr Joachim Bieber
 Herr Edwin Lieb
 Frau Gabriele Manderfeld-Albreit
 Herr Ludwig Scheurich
 Herr Bernhard Stolz

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor
 Herr Gerhard R uth, Verwaltungsamtsrat
 Frau Margrit Schulz, Kreisbaumeisterin
 Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
 Herr Rainer W ber, Verwaltungsoberamtsrat
 Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Ferner waren anwesend:

Herr Baudirektor Biller, Staatliches Bauamt Aschaffenburg (Punkt 2)
 Herr Direktor Feußner, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Miltenberg-Obernburg

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 29.05.2006
- 2 Sachstandsbericht: Aktuelle Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Miltenberg
- 3 Jahresabschluss per 31.12.2005 der Sparkasse Miltenberg-Obernburg
- 4 Änderung von   31 Abs. 2 Ziffer 9 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreis-
 aussch u  und weitere Ausschüsse des Landkreises Miltenberg

- 5 Bericht über die Haushaltsabwicklung 2006
- 6 Zwischenbericht zum Projekt "Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen im Landkreis Miltenberg"
- 7 Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Unterstützung der Resolution des Kreistages des Main-Tauber-Kreises zur Zukunft der Taubertalbahn (Wertheim - Crailsheim)
- 8 Geschäftsordnungsantrag der CSU-Fraktion bezüglich des Presseartikels "Ihnen werden noch die Augen aufgehen - SPD-Kreisvorstand kritisiert Mitarbeiter-Entlassungen im Rhön-Klinikum"

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing

- Kreisrätin und MdB Heidi Wright zur Vermählung am 06.06.2006
- Kreisrat Dr. Rainer Vorberg zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 27.06.2006
- Kreisrat Ludwig Ritter zu 40 Jahre Mitgliedschaft im Kreistag mit Überreichung einer Ehrenurkunde und eines Weinpräsenten.

Antrag der SPD-Fraktion zur Geschäftsordnung des Kreistages

Kreisrat Almitter beantragte namens der SPD-Fraktion folgenden Punkt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen „Unterstützung der Resolution des Main-Tauber-Kreises zur Zukunft der Taubertalbahn“. Sie wies darauf hin, dass die Stilllegung dieser Bahnstrecke den Landkreis Miltenberg unmittelbar betreffe, weil die Weiterführung der Bahnlinie Aschaffenburg – Miltenberg von Wertheim bis Crailsheim gefährdet sei. Sollte die Taubertalbahn stillgelegt werden, könnte auch die Maintalbahn stillgelegt werden.

Auf Befragen von Landrat Schwing meldete sich kein Kreistagsmitglied, um gegen diesen Antrag zu sprechen. Einstimmig entschied der Kreistag, dass der vorliegende Geschäftsordnungsantrag in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen wird.

Antrag der CSU-Fraktion zur Geschäftsordnung des Kreistages

Kreisrat Andre beantragte namens der CSU-Fraktion eine Stellungnahme zur personellen Situation in den Krankenhäusern Erlenbach a.Main und Miltenberg. Anlass sei der heute erschienene Presseartikel "Ihnen werden noch die Augen aufgehen - SPD-Kreisvorstand kritisiert Mitarbeiter-Entlassungen im Rhön-Klinikum". Er bemerkte, dass der Kreistag dafür nicht mehr zuständig sei, dem Kreistag jedoch das Wohl des Hauses am Herzen liege.

Auf Befragen von Landrat Schwing meldete sich kein Kreistagsmitglied, um gegen diesen Antrag zu sprechen. Einstimmig entschied der Kreistag, dass der vorliegende Geschäftsordnungsantrag in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen wird.

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 29.05.2006

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 29.05.2006 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

Sachstandsbericht: Aktuelle Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Miltenberg

Baudirektor Biller gab mittels Powerpoint-Präsentation den dieser Niederschrift beiliegenden Bericht „Aktuelle Straßenbaumaßnahme in Landkreis Miltenberg“, der den Kreistagsmitgliedern im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt wird.

Kreisrätin Münzel sagte, sie sei erschüttert, wenn sie sehe, was im Straßenbau auf den Landkreis Miltenberg zukomme. Bund, Länder und Kommunen klagen darüber, dass immer weniger Geld zur Verfügung stehe, für den Straßenbau scheine das jedoch nicht zu gelten. Mit wahnsinnig viel Geld werde das Maintal verschandelt und zubetoniert. Eine Folge sei, dass Leute aus anderen Regionen schnell durch den Landkreis Miltenberg fahren und man sich wundere, warum sie hier nicht ihren Urlaub verbringen wollen. Ihrer Meinung nach wäre es an der Zeit, inne zu halten und zu fragen, ob man noch auf dem richtigen Weg sei.

Landrat Schwing erklärte, er lasse heute keine Grundsatzdiskussion über den Straßenbau zu. Der Bericht von Baudirektor Biller sei eine Information. Die Kreistagsmitglieder sollten sich daher auf Verständnisfragen konzentrieren.

Unter Hinweis auf den Ausbau der A 3 sagte Kreisrätin Münzel, dass die Folge davon weitere Straßenbaumaßnahmen seien. Damit müsse endlich Schluss sein. Es müsse künftig mehr Geld in den Ausbau des Schienennetzes investiert werden. Nachdem u.a. gesagt worden sei, dass für den Straßenunterhalt Mittel fehlen, wäre es sinnvoller, Neubaumittel hierfür einzusetzen.

Kreisrat Klug brachte vor, dass in der Sulzbacher Straße in Kleinwallstadt erhebliche Schäden vorhanden seien. Durchfahrende Autos verursachen viel Lärm, so dass die Anwohner erheblich belastet werden. Weiter bat er um Aufstellung eines Hinweisschildes „Industriegebiet Kleinwallstadt“.

Baudirektor Biller sagte dazu, es stimme, dass in der Sulzbacher Straße in Kleinwallstadt vorerst nur Ausbesserungsmaßnahmen durchgeführt worden seien. Für Notreparaturen stehen jährlich nur 100.000,00 € bis 150.000,00 € zur Verfügung. Nachdem Notreparaturen in Hobbach vordringlicher als in der Kleinwallstadt gewesen seien, sei der OD Hobbach der Vorzug gegeben worden. Wegen Aufstellung eines Hinweisschildes „Industriegebiet Kleinwallstadt“ schlug Baudirektor Biller vor, einen Antrag das das Staatliche Bauamt Aschaffenburg zu stellen.

Auf Befragen von Kreisrätin Almrither nach dem Baubeginn der Brücke in Kirschfurt teilte Baudirektor Biller mit, dass noch nicht bekannt sei, wie es dort weitergehe. Vor 2010 mit dem Bau zu beginnen, wäre unrealistisch.

Kreisrat Dr. Fahn wies darauf hin, dass vor 10 Jahren über einen vierspurigen Ausbau zwischen Trennfurt und Miltenberg gesprochen worden sei und fragte, ob es dafür noch Pläne

gebe. Weiter bemängelte er die schon vier Monate andauernde Sperrung der OD Dammbach, wofür die Bürger kein Verständnis hätten.

Baudirektor Biller gab daraufhin bekannt, dass es für einen Ausbau der Strecke Trennfurt – Miltenberg noch keine Voruntersuchung und keine Pläne gebe. Ziel sei es, dass diese Maßnahme bei Fortschreibung des Planes berücksichtigt werde. Die OD Dammbach, teilte Baudirektor Biller weiter mit, werde zum Ende der Sommerferien 2006 wieder befahrbar sei. Hier sei versucht worden, das beste Konzept auszuführen. Ohne Sperrung sei aber leider kein Straßenbau möglich.

Kreisrat Kuhn gab bekannt, dass anlässlich der Mautkonferenz die Bedeutung der Anbindung an den Raum Stuttgart dargelegt worden sei. Er fragte, ob es schon Gespräche mit baden-württembergischen Behörden wegen der B 47 gebe, denn auf dieser Straße habe der Verkehr erheblich zugenommen.

Kreisrat Fischer wies darauf hin, dass die Stadt Obernburg a.Main mit dem Straßenbauamt Aschaffenburg einen Vertrag über die Errichtung einer weiteren Ausfahrt an der B 469 abgeschlossen habe, der vom Petitionsausschuss nicht berücksichtigt worden sei. Er fragte, wie es hier weitergehe.

Kreisrat Dotzel äußerte sich erfreut darüber, dass der Lückenschluss Obernburg a.Main – Wörth a.Main so gut vorangehe. Bezüglich der Mainbrücke Klingenberg a.Main äußerte er sich enttäuscht darüber, dass der Neubau am gleichen Standort erfolgen soll. Wenn die Brücke weiter nördlich mit der Möglichkeit der Überfahrt der Bahnstraße geplant worden wäre, wäre auch der Anschluss der Stadt Erlenbach a.Main an die B 467 sichergestellt.

Landrat Schwing bemerkte dazu, dass diese Argumente richtig seien. Wenn jedoch neu geplant werden müsste, würde in den nächsten 10 bis 20 Jahren nicht gebaut und die bestehende Brücke müsste total gesperrt werden.

Kreisrat Scherf fragte, welche neuen Maßnahmen aufgrund eines dreispurigen Ausbaues der B 469 sowie des sechsspurigen Ausbaues der A 3 notwendig werden.

Kreisrätin Marsilia vertrat die Meinung, dass Kreisrätin Münzel die Straßenbauprojekte objektiver hätte betrachten sollen. Leider habe sie nur ein allgemeines Statement abgegeben. Tatsache sei, dass die Bürger im Südspeessart durch die unzulänglichen Straßenverhältnisse stark belastet seien. Wenn hier nicht bald etwas geschehe, werde es im Südspeessart dunkel aussehen.

Unter Hinweis darauf, dass in Baden-Württemberg Radwege in Teilabschnitten ausgebaut werden, fragte Kreisrat Ripperger, ob diese Möglichkeit auch für den Radweg am Knotenpunkt Kleinheubach bestehe.

Baudirektor Biller beantwortete die ihm gestellten Fragen sodann wie folgt:

- Bezüglich der B 47 müsse das Ergebnis der Verkehrszählung abgewartet werden.
- Das Thema „Zusätzliche Ausfahrt an der B 469“ bei Obernburg a.Main“ sei abgeschlossen, weil das Waldgebiet bereits entsprechend angeschlossen sei.
- Ob für die Klingengerger Mainbrücke eine Standortänderung möglich sei, werde bezweifelt. Dies werde Thema des Planfeststellungsverfahrens sein. Es müsse abgewartet werden, was unter wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gesichtspunkten möglich sei.
- Ein sechsspuriger Ausbau der A 3 erfordere nicht zwingend den Ausbau der B 469. Der Ausbau der B 469 sei nicht planfeststellungspflichtig. Sie hänge davon ab, ob Mittel vorhanden seien.
- Mit dem Umbau des Knotenpunktes Kleinheubach werde das Radwegenetz sichergestellt.

Landrat Schwing erklärte abschließend, dass eine optimale Verkehrsstruktur für einen Wirtschaftsstandort sehr wichtig sei, weil er sonst ins Hintertreffen gelange.

Tagesordnungspunkt 3:

Jahresabschluss per 31.12.2005 der Sparkasse Miltenberg-Obernburg

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, Direktor Thomas Feußner, erläuterte den allen Kreistagsmitgliedern vor der Sitzung übersandten Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg für das Geschäftsjahr 2005.

Landrat Schwing dankte für den Bericht und verwies auf die im Jahr 2005 erarbeiteten guten Zahlen. Der Sparkasse Miltenberg-Obernburg könne bestätigt werden, dass sie ihren öffentlichen Auftrag vorbildlich erfüllt habe. Herrn Feußner wünschte Landrat Schwing Glück im neuen Amt und bat ihn, den Dank des Kreistages für die im Jahr 2005 geleistete Arbeit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse zu übermitteln. Besonders erfreut äußerte sich Landrat Schwing darüber, dass die Sparkasse in der jetzigen schwierigen Zeit 56 Auszubildenden eine Perspektive biete.

Unter Hinweis darauf, dass von ungünstigen Kennzahlen im Personalbereich gesprochen und gesagt worden sei, daran müsse gearbeitet werden, fragte Kreisrätin Münzel, was das heiße.

Kreisrat Dr. Fahn schloss sich der Frage von Kreisrätin Münzel an und fragte weiter, welche Maßnahmen zur Senkung der Personalkosten von 25,5 Mio. € auf 24,3 Mio. € geführt hätten. Unter Hinweis auf die bereits beschlossene Namensänderung der Untermainhalle Eisenfeld in „Sparkassen-Arena“ fragte Kreisrat Dr. Fahn, wann mit der neuen Beschilderung der Halle gerechnet werden könne.

Kreisrat Dr. Kaiser dankte namens der SPD-Fraktion für den Bericht. Er fordere alle politisch Verantwortlichen auf, dafür einzutreten, dass der Namensschutz der Sparkassen erhalten bleibe. Unter Hinweis darauf, dass die Bayerische Landesbank im Jahr 2005 große Gewinne erzielt habe, bemerkte Kreisrat Dr. Kaiser, dass er sich eine kräftigere Dividendenerhöhung gewünscht und die Sparkassen mehr Geld zurück erhalten hätten. Im Jahr 2006 müsse daher darauf gedrängt werden, dass von der Bayerischen Landesbank mehr Geld zurückfließe. Nachdem der Mittelstand wieder mehr investiere, bat Kreisrat Dr. Kaiser um Auskunft, ob sich dieser Aufschwung auch bei den Verbrauchern im Landkreis Miltenberg widerspiegle.

Direktor Feußner teilte sodann folgendes mit: Wegen der Personalkosten seien externe Unternehmensberater eingeschaltet worden. Erste Zwischenergebnisse liegen bereits vor. Anlässlich einer Personalversammlung sei den Mitarbeitern versichert worden, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben, sondern versucht werde, den Weg mit ihnen zu gehen. Die Senkung der Personalkosten im Jahr 2005 sei aufgrund von Streichungen übertariflicher Leistungen sowie einer Personalreduzierung um fünf Mitarbeiter erfolgt. Die Beschilderung der Untermainhalle Eisenfeld mit „Sparkassen-Arena“ werde sofort nach der Farbauswahl erfolgen. Die Forderung, dass von der Bayerischen Landesbank München mehr Geld zur Sparkasse Miltenberg-Obernburg zurückfließen müsse, sei berechtigt. Die Einflussnahme sei zwar begrenzt, aber es gebe gute Kontakte.

Landrat Schwing teilte mit, dass dem Kreisausschuss am 20.07.2006 ein Halbjahresbericht der Wirtschaftlichen Einheiten erstattet worden sei. Diesem sei zu entnehmen, dass im ers-

ten Halbjahr 2006 bereits 70 % des geplanten Gebührenansatzes für Baugenehmigungen erreicht worden seien. Das belege, dass es wirtschaftlich aufwärts gehe.

Kreisrat Weber bemerkte, dass die Sparkasse Miltenberg-Obernburg zu den größten Arbeitgebern im Landkreis Miltenberg gehöre. Der Erfolg dürfe jedoch nicht nur am Bilanzgewinn, sondern müsse auch an den Arbeitsplätzen und Mitarbeitern gemessen werden. Er fragte, wie sich die Sparkasse vor einer Fusion schütze und welche Gegenmaßnahmen es gebe.

Kreisrat Dr. Linduschka dankte ebenfalls für den Bericht und stellte lobend fest, dass die Ausgaben für gemeinnützige Projekte um 5 % gestiegen seien was für die Kultur- und Jugendarbeit sehr wichtig sei. Unter Hinweis darauf, dass im Bericht gesagt worden sei, dass Geldverdienen eine Hauptaufgabe der Sparkasse sei, sprach Kreisrat Dr. Linduschka die Hoffnung aus, dass daraufhin auch die Summe für Gemeinnützigkeit größer werde. Bezüglich der im Bericht genannten Anzahl von 16 im Jahr 2005 übernommenen Auszubildenden fragte Kreisrat Dr. Linduschka, was mit den Auszubildenden geschehe, die nicht übernommen werden.

Kreisrat Dotzel lobte den Geschäftsbericht der Sparkasse Miltenberg-Obernburg und erstattete den Dank der CSU-Fraktion. Er wies auf verschiedene Sparkassen-Fusionen in Unterfranken hin und bemerkte, dass die Entwicklung so weitergehen werde.

Den Dank der Fraktion Neue Mitte für den aufschlussreichen Bericht erstattet Kreisrat Stapel. Nachdem der Erfolg im Jahr 2005 nicht so „rosig“ gewesen sei, ermutige das, was für das Jahr 2006 vorausgesagt werde, den Mittelstand. Er fragte, welche Kreditangebote es für junge Menschen, die sich selbständig machen wollen, gebe.

Direktor Feußner gab bekannt, dass die Sparkasse Miltenberg-Obernburg an keiner Fusion interessiert sei. Man sei der Meinung, dass eine starke Sparkasse für die Region wichtig sei. Es werde daher versucht, aus eigener Kraft so stark wie möglich zu sein. Was die Partner in der Region anbelange, werde eine vorsichtige Anpassung versucht. Zur Übernahme von Auszubildenden könne mitgeteilt werden, dass von den 16 im Jahr 2005 übernommenen Auszubildenden drei in befristete Arbeitsverhältnisse übernommen worden seien. Es gebe keine automatische Übernahme, es sei vielmehr die Leistung entscheidend. Zur Beratung von jungen Existenzgründern seien bei der Sparkasse Spezialisten tätig, die mit verschiedenen Förderprogrammen helfen können.

Tagesordnungspunkt 4:

Änderung von § 31 Abs. 2 Ziffer 9 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuß und weitere Ausschüsse des Landkreises Miltenberg

Verwaltungsdirektor Fieger wies darauf hin, dass § 31 Abs. 2 Ziffer 9 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuß und weitere Ausschüsse des Landkreises Miltenberg vom 02.05.2002 in der Fassung vom 13.10.2005 wie folgt laute:

„(2) Der Kreisausschuß ist insbesondere zuständig für

.....

9. die Einstellungen, Eingruppierungen und Kündigungen von Angestellten der Landkreisverwaltung ab Entgeltgruppe 9 bis Entgeltgruppe 15 TVöD (ausgenommen sind Eingruppierungen aufgrund tarifrechtlicher Ansprüche, die der Landrat in eigener Zuständigkeit vornimmt. Weiterhin ausgenommen sind alle Bediensteten der Sparkasse, deren Rechtsverhältnisse der Verwaltungsrat der Sparkasse grundsätzlich in eigener Zuständigkeit re-

gelt. Der Verwaltungsrat der Sparkasse wird ermächtigt, den Vorstand der Sparkasse mit der Wahrnehmung von Aufgaben für Tarifangestellte der Entgeltgruppen 1 bis 11 TVöD zu betrauen.)“

Satz 3 des Klammerzusatzes soll wie folgt neu gefasst werden: „Der Verwaltungsrat der Sparkasse wird ermächtigt, den Vorstand der Sparkasse mit der Wahrnehmung von Aufgaben für Tarifangestellte der Entgeltgruppen 1 bis 15 TVöD zu betrauen.“

Der Verwaltungsrat der Sparkasse habe am 12.06.2006 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss an den Kreistag gefasst. Diesen Beschluss begründe der Verwaltungsrat wie folgt:

Um der Gesamtverantwortung des Vorstands in Personalangelegenheiten, insbesondere auch in der abschließenden Klärung von Entgeltfragen Rechnung zu tragen, soll die bestehende Regelung weiter entwickelt werden. Hierbei werden die Anregungen des BAFin aufgegriffen, wonach es mit den Grundprinzipien des KWG unvereinbar ist, wenn die Geschäftsleiter einer Sparkasse nicht die Verantwortung für die Personalentscheidungen unterhalb der Vorstandsebene tragen.

Vor dem Hintergrund der geübten Praxis (Einheit von Führung und Verantwortung) soll dem Vorstand Handlungsfreiheit bis zur Entgeltgruppe 15 (bisher EG 11) gegeben werden. Die Informationspflicht des Vorstandes gegenüber dem Verwaltungsrat und das Informationsrecht der Verwaltungsratsmitglieder über wichtige Personalangelegenheiten bleiben davon unberührt.

Durch den Kreistag wurde auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 20.07.2006 einstimmig folgender

B e s c h l u s s

gefasst:

Die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuß und weitere Ausschüsse des Landkreises Miltenberg vom 02.05.2002 in der Fassung vom 13.10.2005 wird wie folgt geändert:

In § 31 Abs. 2 Ziffer 9 Satz 3 des Klammerzusatzes wird die Zahl „11“ gestrichen und durch die Zahl „15“ ersetzt.

Tagesordnungspunkt 5:

Bericht über die Haushaltsabwicklung 2006

Landrat Schwing bemerkte, dass der Bericht über die Abwicklung der Haushaltsrechnung dieses Jahr drei Monate früher als in den Vorjahren erstattet werde. Grund dafür sei die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, die die Haushaltsabwicklung transparenter mache, so dass künftig schon frühzeitig erkennbar sein werde, wie sich der Haushalt entwickle.

Kreiskämmerer Straub erläuterte sodann den dieser Niederschrift beiliegenden Bericht über die Abwicklung der Haushaltsrechnung 2006 (Stand 10.07.2006), der den Kreistagsmitgliedern im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt wird.

Landrat Schwing teilte mit, dass der Kreisausschuss wegen des enormen Kostenanstiegs im Bereich Grundsicherung am 20.07.2006 eine Resolution verabschiedet habe, die an den Bund, den Freistaat Bayern und die Kommunalen Spitzenverbände weitergeleitet werde. Nachdem im Herbst 2006 eine Gesetzesänderung anstehe, müsse darauf hingewirkt werden, dass die Grundsicherungskosten künftig nicht mehr den Kommunen aufgebürdet werden.

Landrat Schwing sprach weiter die Hoffnung aus, dass dieses Jahr früher als im Vorjahr verlässliche Haushaltsdaten vorliegen, denn die Kommunalen Spitzenverbände werden eine gemeinsame Plattform suchen und diese gegenüber dem Ministerpräsidenten vertreten.

Kreisrätin Wright dankte für den Bericht und bemerkte, dass sich Grundsicherung und Hartz IV anders als erwartet entwickelt hätten. Bei der Grundsicherung sei das gewollt, denn Personen, die früher Anspruch auf Sozialhilfe gehabt und diese nicht in Anspruch genommen hätten, erhalten jetzt Grundsicherung. Das verursache natürlich höhere Ausgaben. Dass die Unterhaltspflicht von Kindern bzw. Eltern der Leistungsempfänger die Zahlung der Grundsicherung nur noch dann ausschliesse, wenn die Unterhaltspflichtigen über ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 100.000,00 €/Jahr verfügen, werde sie in der SPD-Bundestagsfraktion zur Diskussion stellen. Die Kommunen werden Erstattungen erhalten, was allerdings von den Zahlen abhängen werde.

Bezüglich der Schülerbeförderung mit 3,7 Mio. € Ausgaben und nur 2,1 Mio. € Einnahmen wies Kreisrätin Wright darauf hin, dass das durch eine politische Entscheidung verschuldet worden sei, denn heute werden wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler als früher befördert.

Landrat Schwing dankte für die Zusage der Unterstützung bezüglich Grundsicherung. Zu den Schülerbeförderungskosten teilte er mit, dass der Freistaat Bayern seine Zusage über eine 60 %-ige Erstattung bisher immer gehalten habe.

Unter Hinweis auf die vom Kreisausschuss verabschiedete Resolution bezüglich der Grundsicherung sprach Kreisrat Dr. Fahn die Hoffnung aus, dass diese Wirkung zeige. Was Landrat Schwing zur Grundsicherung gesagt habe, sei richtig. Vor zwei Jahren sei von der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen immer wieder beteuert worden, dass es sich um ein Nullsummenspiel handle. Jetzt müsse man feststellen, dass das nicht stimme.

Auf Befragen von Kreisrat Dr. Fahn nach einer Ausgleichszahlung bezüglich Hartz IV teilte Verwaltungsoberamtsrat Straub mit, dass noch keine Bescheide vorliegen oder Zahlungen geleistet worden seien. Es werde davon ausgegangen, dass in ca. sechs bis acht Wochen eine Zusage vorliege.

Kreisrat Dotzel stellte zur genehmigten Kreditaufnahme die Frage, ob es sinnvoll sei, im Hinblick auf steigende Kreditzinsen Kredite vorzeitig aufzunehmen.

Verwaltungsoberamtsrat Straub erklärte dazu, dass Kredite nur für unabwendbare Ausgaben aufgenommen werden dürfen.

Tagesordnungspunkt 6:

Zwischenbericht zum Projekt "Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen im Landkreis Miltenberg"

Verwaltungsamtsrat Rüth gab den dieser Niederschrift beiliegenden Zwischenbericht zum Projekt „Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen im Landkreis Miltenberg“, der allen Kreistagsmitgliedern im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt wird.

Landrat Schwing bezeichnete das begonnene Projekt als Ziel führend und teilte mit, dass insbesondere bei den privaten Leistungsanbietern Aufbruchstimmung zu spüren sei.

Kreisrätin Wright bemerkte, dass das Segment „Radwandern“ am meisten wachse und durch das Segment „Genuss“ ergänzt werden sollte. Sie schlug vor, diesen Bereich „Genuss Rad“ zu nennen, denn Genuss ohne Reue sei nur per Rad möglich.

Kreisrätin Weitz äußerte großes Lob darüber, dass man ein halbes Jahr nach der Beschlussfassung schon ein großes Stück vorangekommen sei. Erfreulich sei auch die Beteiligung der Leistungsanbieter. Sie fragte, wie groß die Anzahl der Leistungsanbieter sei.

Auf Befragen von Kreisrätin Weitz nach der Anzahl der Leistungsanbieter und der Anzahl der bereits beteiligten Leistungsanbieter teilte Verwaltungsamtsrat Rüth mit, dass dazu keine genauen Zahlen genannt werden können. Ziel sei jedoch die Gewinnung weiterer Leistungsanbieter.

Kreisrätin Almitter wies auf die Grenzsituation zu Baden-Württemberg hin und fragte, ob auch schon in diese Richtung Verbindungen bestehen.

Landrat Schwing sagte dazu, dass man zunächst die eigenen Strukturen verändern wolle. Eine Verbindung zu Baden-Württemberg sei aber schon angedacht.

Tagesordnungspunkt 7:

Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Unterstützung der Resolution des Kreistages des Main-Tauber-Kreises zur Zukunft der Taubertalbahn (Wertheim - Crailsheim)

Unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Kreistages beantragte Kreisrätin Almitter namens der SPD-Fraktion, dass der Kreistag Miltenberg die Resolution des Main-Tauber-Kreises auf Erhalt der Taubertalbahn unterschreibe. Sie befürchte, dass, sollte der Kreistag Miltenberg diesem Antrag nicht entsprechen, zuviel Zeit verloren gehe, denn die nächste Sitzung des Kreistages finde erst im Oktober 2006 statt.

Landrat Schwing teilte daraufhin mit, dass die Resolution des Main-Tauber-Kreises erst am Tag der Kreisausschusssitzung (20.07.2006) beim Landratsamt Miltenberg eingegangen sei und Herrn Betz, Nahverkehrsbeauftragter der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt worden sei. Es sei der Verwaltung daher nicht möglich gewesen sei, bis heute eine Resolution zu erarbeiten. Nach Meinung von Landrat Schwing sollte der Kreistag Miltenberg die Resolution des Main-Tauber-Kreises nicht unterschreiben, sondern eine eigene Resolution, abgestellt auf die bayerische Situation, formulieren und diese mit Baden-Württemberg und der WestFrankenBahn abstimmen.

Kreisrat Dr. Schüren bat, die von der Landkreisverwaltung erarbeitete Resolution vor Verabschiedung einen Tag lang mindestens den Fraktionsvorsitzenden zur Prüfung zu überlassen.

Landrat Schwing unterbreitete sodann folgenden Vorschlag: Die Landkreisverwaltung erarbeitet einen Resolutionsentwurf und übersendet diesen den Vorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen sowie Kreisrat Scherf (Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen) zur Überprüfung. Sollten Bedenken erhoben werden, werden diese in die Resolution aufgenommen. Anschließend werde die Resolution allen Kreistagsmitgliedern im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt.

Der Kreistag erklärte sich mit dieser Vorgehensweise einstimmig einverstanden.

Tagesordnungspunkt 8:

Geschäftsordnungsantrag der CSU-Fraktion bezüglich des Presseartikels "Ihnen werden noch die Augen aufgehen - SPD-Kreisvorstand kritisiert Mitarbeiter-Entlassungen im Rhön-Klinikum"

Namens der CSU-Fraktion beantragte Kreisrat Andre unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Kreistages eine Stellungnahme zur personellen Situation in den Krankenhäusern Erlenbach a.Main und Miltenberg. Anlass dafür seien der heute in der Presse erschienene Artikel „Ihnen werden noch die Augen aufgehen – SPD-Kreisvorstand kritisiert Mitarbeiter-Entlassungen im Rhön-Klinikum“ sowie weitere diesbezügliche Presseartikel in letzter Zeit. In diesen Artikeln werde schon jetzt nicht gut über die Krankenhäuser gesprochen. Auch wenn der Kreistag künftig keine Entscheidungen mehr für die Krankenhäuser treffen könne, sollten alle bestrebt sein, sich nicht negativ über die Krankenhäuser zu äußern. Im Vordergrund sollte immer die gute medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Miltenberg stehen.

Landrat Schwing erinnerte daran, dass vor dem Verkauf der Krankenhäuser Erlenbach a.Main und Miltenberg folgende Kriterien formuliert worden seien:

1. Erhalt der beiden Krankenhaus-Standorte Erlenbach a.Main und Miltenberg,
2. medizinische Grundversorgung auf hohem Niveau und
3. Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze.

Allein aus dieser Formulierung sei nie der Erhalt aller Arbeitsplätze herauszulesen gewesen. Eine Absicherung der Standorte hätte nur durch eine hohe Investitionssumme erfolgen können.

Leider gehen die Strukturveränderungen im Krankenhauswesen weiter:

- Ambulant vor stationär,
- Verkürzung der Verweildauer,
- Budgetkürzung
- Rückgang der Belegung (Krankenhaus Miltenberg 55 %, Krankenhaus Erlenbach 75 %), aber 100 % Belegschaft, das sei nicht haltbar.

Der Landkreis Miltenberg habe sehr frühzeitig Strukturveränderungen angegangen. Diese seien durch eine politische und öffentliche Diskussion verwässert und verzögert worden. Es habe ein wesentlich höherer Handlungsdruck bestanden. Bei jeder zur Entscheidung anstehenden Konstellation: Weiterbetrieb, Klinikverbund oder Verkauf wären die gleichen Maßnahmen notwendig gewesen. D.h. dass auch bei einem Fortbestand der Krankenhaus GmbH Entlassungen hätten ausgesprochen werden müssen. Jede Entlassung sei schmerz-

lich. Die Alternative bzw. die Folge wäre die vollständige Schließung eines oder sogar beider Standorte im Landkreis Miltenberg gewesen. Das hätte niemand gewollt.

Bisher habe er (Landrat Schwing) die Verantwortlichen der Rhön-Kliniken AG als kompetente und vertrauenswürdige Partner kennen gelernt. Die selbst gesteckten Ziele hätte der Landkreis Miltenberg mit keinem anderen Partner so gut erreichen können. Das Motto müsse daher lauten: Zuerst einmal die zugesagten und beabsichtigten Investitionen in Miltenberg und Erlenbach a.Main abwarten. Die gemeinsamen Ziele verpflichten zu folgendem:

1. Erhalt der beiden Krankenhaus-Standorte Erlenbach a.Main und Miltenberg
2. Medizinische Versorgung auf hohem Niveau
3. Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze.

Landrat Schwing appellierte daher, zur Sachlichkeit zurück zu kehren, denn Ängste von Menschen eignen sich nicht für parteipolitische Profilierung.

Abschließend bemerkte Landrat Schwing, dass vom Beirat keine Wunder erwartet werden dürfen. Der Beirat habe keine beschließende Funktion, an ihn werden nur Informationen weitergegeben. Trotzdem sei der Beirat wichtig.

Zur Äußerung von Kreisrat Dr. Schüren, ihm sei völlig unklar, warum eine Resolution erlassen werden soll, stellte Landrat Schwing klar, dass Kreisrat Andre keine Resolution beantragt, sondern um eine Stellungnahme zu den in letzter Zeit erschienenen Presseartikeln über die Krankenhäuser gebeten habe.

Kreisrat Dr. Schüren wies sodann darauf hin, dass diejenigen, die seinerzeit dem Verkauf der Krankenhäuser zugestimmt hätten, jetzt zu erklären versuchen, warum diese Entscheidung richtig gewesen sei. Damit, dass jetzt 119 Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterstellen weg-rationalisiert werden, habe er (Kreisrat Dr. Schüren) kein Problem. Als die Mitglieder der SPD-Fraktion aus unterschiedlichen Gründen gegen den Verkauf der Krankenhäuser gestimmt hätten, sei klar gewesen, dass es zu erheblichem Personalabbau kommen müsse, weil das Personal ein wesentlicher Kostenpunkt sei. Dass der Personalabbau so schnell vollzogen werde, habe seinerzeit niemand wissen können. Der Kreistag befinde sich jetzt in der Lage, dass er außer guten Worten nichts mehr bewirken könne. Er könnte höchstens etwas unternehmen, wenn der Rhön-Klinikum AG nachgewiesen werden könnte, dass sie den gesetzlichen Auftrag nicht ausreichend erfülle.

Unter Hinweis auf die seinerzeitige Aussage des Betriebsrates der Krankenhäuser, dass der Verkauf der Häuser die beste Lösung sei, vertrat Kreisrat Dr. Schüren die Meinung, dass der Betriebsrat jetzt die Suppe auslöffeln soll.

Landrat Schwing erklärte dazu, dass sich der Betriebsrat seinerzeit absolut korrekt verhalten habe. Es gebe keine Alternative; auf den Rückgang der Belegung müsse reagiert werden.

Kreisrat Stappel bemerkte, dass es im Landkreis Miltenberg zwei funktionsfähige Krankenhäuser gebe und ein weiteres Krankenhaus in der Planung sei. Er gehe davon aus, dass mit Eröffnung des neuen Hauses wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Er stehe dazu, dass der Verkauf der beiden Krankenhäuser Erlenbach a.Main und Miltenberg die richtige Entscheidung zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger gewesen sei. Seiner Meinung nach sollten sich die Kreistagsmitglieder künftig etwas distanzierter verhalten und Äußerungen, die gar nicht stimmen, unterlassen.

Kreisrat Dr. Linduschka sagte, es wäre schön, wenn die von Kreisrat Stappel geäußerte Hoffnung Wirklichkeit würde. Beim Verkauf der Krankenhäuser habe jedes Kreistagsmitglied gewusst, dass es der Rhön-Klinken AG darum gehe, in die Gewinnzone zu gelangen. Dazu müsse Personal abgebaut werden. Was den angesprochenen Presseartikel betreffe, sei er

der Meinung, dass es keinen Sinn habe, mit Horrorszenarien hausieren zu gehen. Ziel der Rhön-Kliniken AG werde es sein, Vertrauen bei der Bevölkerung zu erzeugen. Sollte der Druck auf das Personal so groß werden, dass es sich gegenüber Patienten äußere, werde die Geschäftsführung darauf reagieren.

Landrat Schwing erklärte, er sehe die Angelegenheit nicht so dramatisch. Die Rhön-Kliniken AG betreibe nicht nur zwei Krankenhäuser im Landkreis Miltenberg, sondern über 40 Krankenhäuser in Deutschland. Die Leitung der Rhön-Kliniken AG lebe von zufriedenen Patienten und wisse genau, dass man Personal nicht überfordern dürfe. Auch der Landkreis Miltenberg hätte Krankenhauspersonal entlassen müssen, wenn seine beiden Häuser nicht verkauft worden wären, denn kein Krankenhaus könne sich auf Dauer Defizite leisten. Und negative Betriebsergebnisse hätten auch Auswirkungen auf die Kreisumlage gehabt. Er (Landrat Schwing) sei daher nach wie vor der Meinung, dass der Verkauf der Krankenhäuser die richtige Entscheidung gewesen sei.

Kreisrat Scherf äußerte sich erstaunt über den Antrag der CSU-Fraktion. Schließlich habe die CSU-Fraktion den Verkauf der Krankenhäuser beschlossen und damit die Verantwortung des Landkreises Miltenberg abgegeben. Wunsch der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen sei der Erhalt der Verantwortung gewesen, um notwendige Reformen einleiten zu können. Reformen seien in den letzten Jahren nicht gewollt oder verhindert worden. Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass der Kreistag nicht einfach sage, es müsse halt Personal entlassen werden. Die beabsichtigten Entlassungen gehen nämlich zulasten von jungen Menschen und Frauen-Teilzeitkräften. Nachdem der Kreistag darauf jetzt keinen Einfluss mehr nehmen könne, könne man nur hoffen, dass sich die bestehende Situation verbessern werde.

Kreisrat Dr. Kaiser bemerkte, dass Landrat Schwing den Eindruck zu erwecken versuche, dass alle kommunale Krankenhäuser Defizite hätten. Es sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass die Rhön-Kliniken AG börsennotiert sei und daher Gewinne benötige. Wenn es zu einem Verbund mit dem Klinikum Aschaffenburg gekommen wäre, würde der Landkreis Miltenberg jetzt nicht unter einem so großen Druck stehen.

Nach Meinung von Kreisrat Dr. Kaiser sei es notwendig, dass die Bevölkerung über den Verlust von Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern informiert werde. Tatsache sei, dass der gesetzliche Auftrag, eine ordentliche medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, nach wie vor Aufgabe des Landkreises und des Kreistages sei. Sollten die Einschnitte beim Personal so groß werden, dass sich das auf die Qualität auswirke, werde sich der Kreistag damit befassen müssen. Denn wer Verantwortung abgebe, müsse auch die Verantwortung dafür tragen.

Landrat Schwing bemerkte dazu, dass sich eine Belegung von 55 % bis 75 % zwangsläufig auf den Personalstand auswirken müsse. Das habe nichts mit dem Versorgungsauftrag zu tun.

Kreisrat Dr. Fahn teilte mit, dass er über den heutigen Presseartikel auch erstaunt sei, denn der Betriebsübergang sei erst vor einem Jahr erfolgt. Kreisrat Scherf habe richtig gesagt, dass in den letzten Jahre ein Reformstau entstanden sei. Negativ wirke sich aber auch aus, dass immer mehr ambulante Behandlungen durchgeführt werden und die Verweildauer kürzer werde. Wie hätte der Landkreis Miltenberg da die beiden Krankenhäuser weiterführen sollen? Wenn die Verschuldung angestiegen wäre, hätte die Kreisumlage erhöht oder das Krankenhaus Miltenberg geschlossen werden müsse. Eine Verbundlösung mit dem Klinikum Aschaffenburg sei zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich gewesen, weil man dort noch nicht so weit wie im Landkreis Miltenberg gewesen sei. Der Kreistag Miltenberg habe daher keine andere Wahl gehabt, als die Krankenhäuser Erlenbach a.Main und Miltenberg zu verkaufen. Die Freien Wähler bedauern die Einzelschicksale aufgrund der Personalentlassungen. Viel-

leicht gebe es noch die Möglichkeit, dass durch Arbeitszeitreduzierungen die Anzahl der zu entlassenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduziert werden könne.

Der Beirat, sagte Kreisrat Dr. Fahn, habe erstmals in der 29. Kalenderwoche getagt. Er habe keine Entscheidungskompetenz. Die Freien Wähler seien davon ausgegangen, dass der Beirat jeweils vor Entscheidungen informiert werde. Dies müsste verbessert werden.

Fazit: Die Freien Wähler hätten für den Verkauf der Krankenhäuser gestimmt und seien auch heute noch der Meinung, dass dies der richtige Schritt gewesen sei.

Landrat Schwing teilte mit, das aufgrund eines Sozialplanes und von Stundenreduzierungen die Anzahl der Kündigungen wahrscheinlich deutlich unter 119 liegen werde.

Zum Antrag von Kreisrätin Weitz auf Ende der Debatte, bat Landrat Schwing, noch zwei vorliegende Wortmeldungen abzuhandeln.

Der Kreistag erklärte sich damit einstimmig einverstanden.

Unter Hinweis darauf, dass ein privates Unternehmen mit zwei Krankenhäusern Gewinne erzielen wolle, fragte Kreisrätin Almitter, warum der Landkreis Miltenberg dazu nicht fähig sei.

Kreisrat Andre stellte richtig, dass Auslöser für die Bitte um Stellungnahme nicht nur der heutige Presseartikel, sondern auch die Artikelserie mit negativer Tendenz in Bezug auf das Krankenhaus Miltenberg gewesen sei.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Mottl
Protokollführerin